Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 80 Pfg.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt am Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens ausgeliefert.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Meyer's elegante Herren-Anzüge
fertig und nach Maass.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. nur 7.
Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 50 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite 25 Pfg.; die 3spaltige Zeile unter „Eingesandt" oder auf Anfrage 60 Pfg.
In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeile 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Karl Bielich, Annoncenexpedition
Telephon Amt II 265. DRESDEN-N. Telephon Amt II 265.
Lutherplatz No. 1 und Priesnitzstr. No. 2 (Ende der Bautznerstr.)
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten u. Abonnements für die „Dresdner Nachrichten."

MATTONI'S GIESSHÜBLER natürlicher alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh
HEINRICH MATTONI in Gieshübl Sauerbrunn.

Aug. Kühnscherf & Söhne
Dresden-A., Grosse Plauensche Strasse 20
Bau-, Kunst- und Maschinenschlosserei.
Gegründet 1840.
Specialität: **Aufzüge** für Personen, Waaren, Speisen etc. mit elektrischem, hydraulischem, Transmission- und Handbetrieb.

Badekapseln zur leichten, schnellen und billigen Bereitung eines erfrischenden, überaus stärkenden Bades im Hause, vollständiger Ersatz für Kräuter-, Fichtennadel- u. kohlensaure Bäder etc. Jede Kapsel enthält die wirksamen Bestandtheile von ½ Pfd. frischen Mai-Kräutern. Pro Schachtel, zu 6 Vollbädern ausreichend, 2 Mk. Alleinverkauf u. Versandt
Salomonis-Apotheke Dresden-A., Neumarkt 8. Gegr. 1560.

Nr. 8. Spiegel: Italien und der Dreibund. Landtag. Allgemeiner Handwerker-Verein. Dienstmädchen. Gerichtsverhandlungen. Wilhelm Hertz †. Lotterieliste. Muthmaßl. Witterung: Veränderlich. **Donnerstag, 9. Januar 1902.**

Italien und der Dreibund.

Daß es in der Hauptsache die Erwägungen des realen Vortheils sind, von denen sich die Dreibundmächte bei der Entscheidung der Frage der Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Bündnißpolitik leiten lassen, liegt für jeden Realpolitiker auf der Hand. Die Festigkeit der Tripelallianz beruht auf der Erkenntniß, daß die Lebensinteressen jedes der drei in ihr verknüpften Reiche durch das Bündniß mit den beiden anderen am kräftigsten und sichersten gewährleistet werden, besser jedenfalls als es zur Zeit durch irgend eine andere Bündnißpolitik geschehen könnte. Bleibt diese Erkenntniß sowohl in Berlin wie in Wien und Rom nach wie vor für die auswärtige Politik maßgebend, so ergiebt sich ganz von selbst, daß die Erneuerung des Dreibundes, die im nächsten Jahre in Frage kommt, erfolgen wird. Eine Nichterneuerung des Dreibundes wäre nur dann zu erwarten, wenn bis dahin in den internationalen Beziehungen der europäischen Großmächte so bedeutsame Verschiebungen eintreten würden, daß die bisherigen Dreibundstaaten oder wenigstens einer von ihnen zu der Ueberzeugung gelangen müßten, ihre vitalen Interessen könnten besser als bisher entweder durch die Politik der freien Hand oder durch den Uebergang zu einem anderen Bündnißverhältniß gewahrt werden. Der Schöpfer des Dreibundes, Fürst Bismarck, schließt in seinen „Gedanken und Erinnerungen" das Kapitel über den Dreibund mit folgenden Worten, die auch gegenwärtig Beherzigung beanspruchen dürfen: „Der Dreibund ist von Zeit zu Zeit verlängert worden, und es mag gelingen, ihn weiter zu verlängern; aber ewige Dauer ist keinem Vertrage zwischen Großmächten gesichert, und es wäre unweise, ihn als sichere Grundlage für alle Möglichkeiten betrachten zu wollen, durch die in Zukunft die Verhältnisse, Bedürfnisse und Stimmungen verändert werden können, unter denen er zu Stande gebracht wurde. Er hat die Bedeutung einer strategischen Stellungnahme in der europäischen Politik nach Maßgabe ihrer Lage zur Zeit des Abschlusses; aber ein für jeden Wechsel haltbares ewiges Fundament bildet er für alle Zukunft ebenso wenig, wie viele frühere Trivel- und Quadrivel-Allianzen der letzten Jahrhunderte und insbesondere die heilige Allianz und der Deutsche Bund. Er dispensirt nicht von dem toujours en vedette!"

Es empfiehlt sich, nach Maßgabe dieses zwar nüchternen, aber unanfechtbaren Standpunktes, der die rechte Mitte zwischen pessimistischen und optimistischen Auffassungen hält, die Erörterungen zu beurtheilen, die von Zeit zu Zeit in der europäischen Presse über die Frage der Wiedererneuerung oder Nichterneuerung des Dreibundes gepflogen werden. Augenblicklich steht wieder einmal das Thema „Italien und der Dreibund" auf der Tagesordnung, und die Feinde der Tripelallianz, die in Frankreich, in England, unter den Panslavisten und selbst innerhalb der Dreibundstaaten zahlreich vertreten sind, geben sich alle ersichtliche Mühe zu beweisen, daß das apenninische Königreich, nachdem sich seine Beziehungen zu Frankreich in der letzten Zeit wesentlich günstiger als jemals während des Bestandes des Dreibundes gestaltet haben, nicht länger an dem Bündnisse mit den beiden mitteleuropäischen Kaisermächten festzuhalten brauche. Daß sich das Verhältniß der beiden lateinischen Schwesternationen zusehends gebessert hat, unterliegt keinem Zweifel; daraus folgt aber noch lange nicht, daß die italienische Monarchie zu der Einsicht kommen müßte, es habe kein Interesse mehr für sie, an dem Dreibunde festzuhalten. Die Beziehungen Italiens zu der französischen Republik sind auch heute noch keineswegs so gefestigt und so hoch zu bewerthen, daß darum der starke Schutz, den das Bündniß mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zwei Jahrzehnte hindurch Italien gewährt hat, nunmehr leichtfertig preisgegeben werden könnte. Jedenfalls vermag das angebliche italienisch-französische Einvernehmen über Tripolis, das seit mehreren Wochen in der Presse den Gegenstand lebhafter Erörterungen bildet, nicht annähernd die realen Vortheile zu ersetzen, die der Dreibund thatsächlich den Italienern geboten hat und auch fernerhin bieten wird.

Der Werth des Tripolis-Abkommens ist, soweit Italien in Betracht kommt, zunächst noch ein sehr problematischer. Wenn es wahr ist, daß sich Italien verpflichtet hat, Frankreich in Marocco frei gewähren zu lassen, während Frankreich dafür das Versprechen gegeben hat, nie seine Hand auf Tripolis zu legen, so liegt doch der Vortheil des Abkommens weit mehr auf Seiten der Franzosen als der Italiener. Der großmüthige Verzicht Frankreichs auf Tripolis bedeutet ja noch nicht, daß Italien von diesem nordafrikanischen Gebiete Besitz ergreifen darf, so bald es ihm beliebt. Tripolis gehört zum türkischen Reiche, und seine Okkupation würde sich auch im Falle der Neutralität Frankreichs als eine sehr schwierige Aufgabe erweisen, an die Italien nach den bitteren Erfahrungen, die es mit seinem früheren afrikanischen Kolonialbesitz gemacht hat, nicht so leicht herantreten dürfte. Ein Krieg mit der Türkei, der dann unausbleiblich wäre, würde doch noch ungleich größere Anforderungen an die Finanzen und die Wehrkraft Italiens stellen und schwerere Gefahren für dessen Großmachtstellung einschließen, als es bei dem kriegerischen Konflikte mit Abessinien der Fall gewesen ist. Der Werth der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde kann nimmermehr durch das bloße Versprechen Frankreichs ersetzt werden, das türkische Tripolis nicht als zu seiner Machtsphäre gehörig zu betrachten, was übrigens seither wohl noch niemals ernstlich behauptet worden ist. Nach den neuesten Meldungen erscheint es überhaupt noch sehr fraglich, ob wirklich ein festes Tripolis-Abkommen zwischen Frankreich und Italien besteht. Es heißt jetzt vielmehr, es habe lediglich ein Gedankenaustausch über die tripolitanische Frage zwischen den Ministern des Aeußeren Delcassé und Prinetti stattgefunden. Eine Aenderung des status quo in Tripolis werde beiderseits nicht beabsichtigt, beide Theile hätten nur Versicherungen negativer Natur abgegeben. Die Lage sei genau noch dieselbe, wie sie Salisbury vor drei Jahren nach dem französisch-englischen Abkommen über das tripolitanische Hinterland gekennzeichnet habe, als er auf eine Anfrage entgegnete, daß die beiden Signatarmächte England und Frankreich keineswegs beabsichtigten, in die Suzeränetätsrechte des Sultans über Tripolis einzugreifen.

Selbst wenn ein schriftlicher Bündnißvertrag zwischen Italien und Frankreich hinsichtlich Tripolis zu Stande gekommen wäre, so könnte dadurch die Zukunft des Dreibundes nicht alterirt werden. Die Dreibundstaaten werden durch ihr Bündniß durchaus nicht verhindert, solche Sonderverträge mit anderen nichtverbündeten Mächten abzuschließen, die den Interessen der Alliirten nicht widersprechen. Der Bismarck'sche Rückversicherungsvertrag mit Rußland hat die Dreibundpolitik ebenso wenig in Frage gestellt, wie das Separatabkommen, das bezüglich der Balkanfragen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland abgeschlossen worden ist. Italien würde sich nicht um eines Haares Breite von der Linie des Dreibundes entfernen, wenn es sich entschließen würde, mit Frankreich ein festes Abkommen zur gemeinsamen Regelung der Mittelmeerfragen zu vereinbaren. Der Dreibund garantirt den verbündeten Mächten den gegenwärtigen Besitzstand, das schließt aber nicht aus, daß jeder der Alliirten seine besonderen Interessen in selbstständiger Weise wahrt und sichert; es bedeutet sogar eine Förderung der Friedenspolitik des Dreibundes, wenn dessen Mitglieder bemüht sind, die Beziehungen zu den anderen Staaten auf besondere Art freundschaftlich und herzlich zu gestalten. Gewiß ist es richtig, daß es vor zwei Jahrzehnten die Beziehungen zu Frankreich gewesen sind, die Italien zum Anschluß an das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn bestimmt haben. Im Mai 1881 schloß Frankreich mit dem Bey von Tunis den Bardo-Vertrag ab, der, indem er eine Kapitulation des neuen Karthago nicht vor Rom, sondern vor Paris bedeutete, zugleich eine empfindliche Niederlage der auswärtigen Politik Roms war. Die Entrüstung gegen die Franzosen machte damals Italien zum Bundesgenossen der Centralmächte. Aber auch wenn inzwischen bei der großen Mehrheit des italienischen Volkes ein vollständiger Wandel der Stimmung zu Gunsten der französischen Schwesternation eingetreten sein sollte und heute wirklich ein aufrichtiges Freundschaftsverhältniß zwischen Italien und Frankreich bestände, so wäre hiermit noch immer kein zwingender Grund für die Italiener gegeben, auf die Vortheile des Dreibundes zu verzichten. Es ist ein Akt der Selbsterhaltung, der Italien bewegen muß, dem Bündnisse mit den beiden Kaisermächten treu zu bleiben. In eine sorgenschwere und unsichere Lage würde es zurückfallen, wenn es aus dem Dreibunde ginge. Seine Hände in der auswärtigen Politik würde es dadurch zwar wieder völlig frei bekommen, aber sich damit sofort auch der beständigen Gefahr aussetzen, seine nationale Einheit ohne den sicheren Schutz des Dreibundes vertheidigen zu müssen. Italien hat zur Zeit nicht die mindeste Veranlassung, mit dem Dreibunde unzufrieden zu sein, noch hat es Aussicht, seine internationale Lage durch den Austritt aus der Allianz zu verbessern. Da die Italiener gute Rechner sind, so werden sie wohl mit dem Dreibunde beim „Alten Kurse" bleiben.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Das Haus ist nur mäßig besetzt. — Präsident Graf Ballestrem begrüßt die Abgeordneten zum Wiederbeginn der Arbeiten mit dem Wunsche, daß das neue Jahr ein glückliches und geeignetes sein möge, sowohl für die gemeinsame Arbeit zum Wohle des Vaterlandes, wie auch für jeden Einzelnen. (Beifall.) Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltsetats für das Jahr 1902. — Schatzsekretär v. Thielmann: Man hat mich seinerzeit der Schwarzmalerei bezichtigt, aber zu meinem großen Bedauern haben mir die Ereignisse Recht gegeben. Die Erwerbsverhältnisse haben sich verschlechtert; große Bankerotte, namentlich auch von Banken, sind eingetreten, und das Alles ist auch von Rückwirkung auf die Reichsfinanzen geworden. Das vorige Etatjahr ist in seinen Ergebnissen hinter den Erwartungen zurückgeblieben, besonders bei den Stempelabgaben; und dies gilt auch für das laufende Jahr. Daher haben auch für das neue Etatjahr bei den meisten Einnahmequellen die Veranschlagungen niedriger ausfallen müssen; die dadurch bedingte Steigerung der Matrikularbeiträge erheblich über die Ueberweisungen hinaus hat nicht zu hoch gegriffen werden dürfen und ist deshalb ein Theil des Mehrbedarfs im Etat auf die Anleihe verwiesen worden. Es ist zu verstehen, wenn das auf Widerspruch stößt, aber die wirthschaftlichen Gründe, die wirthschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Staaten nöthigen zu einem solchen Auswege. Es gilt das namentlich auch für Sachsen, dessen finanzielle Leistungsfähigkeit eine zu große Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht zuläßt. (Redner spricht, obwohl im Hause aufmerksame Stille herrscht, doch zu leise, um über seine nächste Umgebung hinaus in allen Details seiner Ausführungen verstanden zu werden. Inzwischen sind der Herr Reichskanzler Graf v. Bülow, sowie der Staatssekretär v. Tirpitz am Bundesrathstische erschienen.) Der Staatssekretär verbreitet sich sodann besonders eingehend über die Zuckersteuer, wobei er in Abrede stellt, daß der Zuckerverbrauch pro Kopf zurückgegangen sei, und zugleich das voraussichtliche Scheitern der Internationalen Zuckerkonferenz streift. Weiter berührte er die Frage der Abzahlung der Schuld Chinas an das Reich aus Anlaß der China-Expedition. Die verbündeten Regierungen seien darin einig, daß bei den Abzahlungen zu unterscheiden sei zwischen den Kapitalabzahlungsraten und den Zinsraten; erstere seien von der Reichsschuld abzusetzen, die Zinsraten dagegen kämen dem Etat zu Gute; und das Haus werde, wie er annehmen zu dürfen glaube, auch seinerseits dem beistimmen. Er schließt, er könne nicht verhehlen, daß, wenn der Erwerbsrückgang sich fortsetze und damit auch der Rückgang der Reichseinnahmen, alsdann neue Einnahmequellen eröffnet werden müßten, und zwar Einnahmequellen, welche in erster Linie die vermögenden Stände träfen, zu denken sei da in erster Linie an Bier und Tabak. — Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (kons.) erblickt zunächst als Ursache der gegenwärtigen Krise die vorausgegangene ungleichmäßige Entwickelung, den einseitigen Aufschwung der Industrie, deren Ueberproduktion es auch verschuldet habe, daß jetzt ein Ueberfluß an Arbeitern in der Industrie sei, während es auf dem Lande an Arbeitern fehle. Anscheinend sei der tiefste Punkt des Darniederliegens der gewerblichen Verhältnisse jetzt überschritten, doch könne man nicht wissen, ob nicht die Krise noch ein oder zwei Jahre dauere. Der Weg, die ganze im Etat jetzt fehlende Summe durch Erhöhung der Matrikularbeiträge aufzubringen, sei theoretisch der richtigste. Er würde außerdem noch den Vortheil haben, einer gründlichen Finanzauseinandersetzung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten Vorschub zu leisten. (Sehr richtig! Rechts.) Aber eine zu starke Erhöhung der Matrikularumlagen würde, wenn auch von Preußen und einigen anderen Großstaaten, so doch nicht von allen Einzelstaaten getragen werden können und deshalb Mißstimmung in den Einzelstaaten hervorrufen. Wohl oder übel werde man deshalb den von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Weg der Anleihe betreten, zugleich aber durch Sparsamkeit dafür sorgen müssen, daß ein solcher Vorgang sich nicht zu wiederholen brauche. Wie er fürchte, werde sich allerdings bei diesem Etat nicht viel streichen lassen, zumal sonst die Zahl der Arbeitslosen noch zunehmen würde. Man werde also vor Allem an neue Einnahmequellen denken müssen. Werde der neue Zolltarif Gesetz, so würde das ja allerdings die Wirkung haben, daß die Einnahmen aus den Zöllen sich erhöhten, andernfalls bedürfe es unbedingt der Erschließung neuer Reichseinnahmen. Für China seien nicht unbeträchtliche Opfer gebracht worden; aber er hoffe, daß der jetzt abgeschlossene ehrenvolle Frieden uns auch materiellen Nutzen bringen werde. Wir verdanken diesen ehrenvollen Frieden unseren Diplomaten und unserem Militär, welche die Probe in China glänzend bestanden haben. (Beifall.) Die Angriffe, welche gegen unsere Truppen in China gerichtet worden sind, im Inlande wie im Auslande, beruhen auf Uebertreibungen. Tiefe und berechtigte Entrüstung haben die Aeußerungen und Beschuldigungen hervorgerufen, welche sich der Minister eines ausländischen befreundeten Staates über das Verhalten unserer Truppen in Frankreich 1870/71 erlaubt hat. (Lebhafter Beifall.) — Reichskanzler Graf Bülow: Der Vorredner hat eine Aeußerung eines ausländischen Ministers berührt in Bezug auf das Verhalten unserer Armee im deutsch-französischen Kriege. Wir Alle sind einig darin, und auch wohl alle verständigen Leute in England werden mit uns darin einig sein, daß ein Minister, welcher seine Politik rechtfertigen will, wohl daran thut, das Ausland aus dem Spiele zu lassen. (Beifall.) Will er aber fremde Beispiele heranziehen, so muß er dies mit großer Vorsicht thun, sonst läuft er Gefahr, nicht nur mißverstanden zu werden, sondern auch, ohne es zu wollen, fremde Gefühle zu verletzen. Das ist umso bedauerlicher gegenüber einem Lande, das mit dem seinigen stets gute und freundliche Beziehungen unterhalten hat, deren Fortdauer den Zielen beider Theile entspricht. Es war begreiflich und in Ordnung, wenn in einem Volke, das so verwachsen ist mit dem Heere, wie das bei uns der Fall ist, das allgemeine Gefühl sich auflehnte und gegen den Versuch, den sittlichen Charakter unserer Einheitskämpfe zu entstellen. Das deutsche Heer steht aber viel zu hoch, sein Waffenschild ist viel zu blank, als daß es durch ein so schiefes und ungerechtes Urtheil berührt werden könnte. Ich erinnere an ein Wort Friedrichs des Großen: „Laßt Euch nicht aufregen, der Mann beißt auf Granit." (Lebhafter Beifall.) Es hat immer Leute gegeben, die erfüllt waren von dem Wunsche, den Dreibund zu begraben und ihn todtzusagen. Der Dreibund erfreut sich aber des besten Wohlseins, und es wird ihm so gehen wie den Leuten im Sprichwort, die todtgesagt werden, und man erst recht lange leben. Der Dreibund ist keine Erwerbsgesellschaft, sondern eine Versicherungsgenossenschaft; er ist nicht aggressiv, sondern defensiv und friedlich. Der Dreibund sichert die Zukunft; er schließt auch gute Beziehungen seiner Theilnehmer zu anderen Mächten nicht aus. Ein sehr kleiner Theil der deutschen Presse hat sich über die italienisch-französischen Abmachungen beunruhigt; es ist so wie in einer glücklichen Ehe, der Gatte braucht keinen rothen Kopf zu bekommen, wenn die Gattin einmal eine Extratour macht, wenn sie nur nicht durchgeht, und sie geht nicht durch, wenn sie es gut hat. (Heiterkeit.) Der Dreibund legt keinem der Theilnehmer Verpflichtungen auf, seine Land- und Seestreitkräfte auf einer bestimmten Höhe zu halten. Die französisch-italienischen Abmachungen richten sich nicht gegen den Dreibund. Im Uebrigen können wir heute die Entwickelung der Dinge viel ruhiger betrachten als 1879 bei Gründung des Dreibundes. Heute umspannt die Politik der Großmächte den ganzen Erdkreis, heute hat sich daher ein System der Gegengewichte entwickelt, welches auf Erhaltung des Weltfriedens gerichtet ist. Damals war die Gefahr des Weltkrieges nicht ausgeschlossen, heute ist die Situation nicht gespannt; damals herrschte Mißtrauen gegen uns wegen einer etwaigen Kriegsgefahr, heute, nach einem 30jährigen Frieden, würden solche Verleumdungen gegen uns glatt zu Boden fallen. Die heutige Weltpolitik ist auf weit entfernte Objekte gerichtet als früher, ich nenne als solche Objekte die Landkäfte von

Afund's zertifizirte Kindermilch. Trocken-fütterung (Kemmerich)
Dresdner Molkerei Gebr. Afund, Bautzner Str. 79